

**Annonce.**  
**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Capitale dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. L. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20.  
in Grätz bei J. Streitland,  
in Breslau bei J. Mathias,  
in Wreschen bei J. Jadesohn.

# Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Mr. 113.

Donnerstag, 14. Februar.

**Annonce.**  
**Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Paule & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Adolph Moos.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 50 Pf. Bezahlungen zu nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

**Amtliches.**

Berlin, 13. Febr. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den Steuerrath Freiherrn von Sensburg zu Mühlhausen und den Finanz-Amtshof Rat zu Straßburg zu Regierungsräthen bei der Direktion der Zölle und indirekten Steuern in Elsaß-Lothringen ernannt.

Der König hat dem Müllergelehrten Karl Janisch zu Unruhstadt im Kreise Borsig die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Der König hat den Militär-Intendantur-Amtshof Laue vom 9. Armee-Korps zum Militär-Intendantur-Amt ernannt.

Die ordentlichen Lehrer Dr. Schröder, Sadowski und Jacobi, sämmtlich an der Ober-Realschule zu Halberstadt, sind zu Oberlehrern ernannt worden.

Dem Lehrer, Ingenieur Ernst an der mit der Ober-Realschule zu Halberstadt verbundenen Fachschule ist der Titel als Oberlehrer verliehen worden.

Dem Chirurgen erster Klasse Carl Gustav John zu Jauer ist die kommissarische Verwaltung der Kreis-Chirurgie für die Kreise Goldberg-Haynau und Lüben, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Haynau, übertragen worden.

**Preußischer Landtag.****Abgeordnetenhaus.**

48. Sitzung.

Berlin, 13. Febr. Am Ministertische: v. Puttkamer, Maybach, Lucius, v. Gößler, v. Scholz.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusfunds wird fortgesetzt.

In Tit. 66 des Extraordinariums werden zur Erwerbung der Grundstücks der Speicher-Aktiengesellschaft zu Berlin 2 600 000 Mark gefordert.

Abg. Führ. v. Minnigerode: Alle begleitenden Umstände, sowie die eingehenden Befürchtungen dieses Titels in der Budgetkommission können mich zu meinem Bedauern nicht bestimmen, der Forderung der Regierung beizustimmen. Die Regierung hat als hauptsächliches Motiv für den Ankauf die Feuergefährlichkeit der Speicher-Grundstücke angeführt. Aber diese wird durch den Ankauf nicht aus der Welt geschafft, denn die Grundstücke müssen wieder bebaut werden und die Feuergefahr für die Museen und das Gymnologische Institut bleibt die gleiche. Ich bitte Sie also um Ablehnung des Titels.

Minister v. Gößler: Nach dem Brande der Hygiene-Ausstellung habe ich die Pflicht gehabt, zu überlegen, wie die mit unerlässlichen Schätzen angefüllten Museen einer solchen Feuerskalamität gegenüberstehen würden. Die mit Spiritus und anderen feuergefährlichen Materialien angefüllten Speicher-Grundstücke bilden für die Museen eine große Gefahr, die um so größer wird, als durch die Glas- und Oberlichtdächer schon leichte Flugstöße in diese Gebäude eindringen können. Da nun besonders in der Nationalgalerie und im neuen Museum sehr viele wertvolle und unerlässliche Stücke unter Verschluß gehalten werden, so kann sehr leicht das Feuer zu spät erkannt werden, wenn die Feuerlöschkunst nicht mehr abhelfen kann. Auch für die Gymnologische Anstalt, die übrigens dringend einer Bergförderung bedarf, bieten die Grundstücke grohe Gefahr. Da ich beim Finanzministerium die Anregung zu dieser Position gegeben habe, müsste ich sie auch in meinen Etat aufnehmen, trotzdem ich wußte, daß ich damit einen schweren Stand haben würde. Aber uns fehlen leider sehr viele Grundstücke, die wir nötig brauchen und deshalb ist es sehr wichtig, daß wir diese im Centrum gelegenen Grundstücke für uns anlaufen. Wir haben die Pläne voll mit schönen Entwürfen und Plänen, die alle nicht zur Ausführung kommen können, weil uns das Terrain dazu fehlt. Die Stadt Berlin, die stets rechtzeitig dafür sorgt, dass das Terrain vorrätig zu haben, hat uns in den Konkurrenzen bei Schulbauten immer geschlagen. Wenn die Stadt mit ihrem Bau schon halb fertig war, hatten wir noch immer die Platzfrage zu erledigen. Diesem guten Beispiel Berlins wollen wir nachstreben, indem wir diese Grundstücke zur rechten Zeit anlaufen.

Abg. Dr. Windthorst: Es handelt sich hier um einen Kauf auf Lager. Bewilligen wir diesen Kauf, so müssen wir später Millionen von Mark bewilligen, um das Terrain zu bebauen. Heute sollen wir der Forderung zustimmen, ohne zu wissen, was gebaut werden soll. — Schon die Zerrissenheit des Terrains sollte uns vor dem Ankauf abhalten. Aber vor Allem ist doch zu bedenken, daß man endlich Sparjamkeit üben muß.

Die Abg. Birchow und Haniel werden mir wieder vorwerfen, daß der Staat andere Aufgaben und andere Rücksichten hat als der Privatmann und Abg. Haniel wird vielleicht wieder von der Münizipalität der Päpste sprechen. Ich bin nicht gegen die Münizipalität, es wäre ja sehr hübsch, wollte jemand dem Museum einen Rembrandt oder einen Murillo schenken. (Heiterkeit.) Aber hier handelt es sich um eine Münizipalität aus den Taschen der Steuerzahler, und da bewilligen wir nur was nötig ist — Man hat die Feuergefahr als Motivierung dieses Titels vorgeführt — aber wer hat denn das Abgeordnetenhaus gegen Feuergefahr gesichert? Mein Nachbar sagt mir eben, wir wären keine Kunstwerke. (Heiterkeit.) Das ist ja ganz richtig! Gegen die Feuergefährlichkeit der Speicher-Grundstücke kann doch wie in kleinen Städten die Polizeibehörde Vorsorge treffen — wir haben doch Herrn von Madai hier! Wenn aber die Museen nicht ausreichen für all' die Schätze, weshalb hat man dann noch 2 Mill. für Neuanläufe gefordert? Wir haben doch weit nothwendigere Bedürfnisse, dazu gehört der Neubau des Abgeordnetenhauses. Denn unsere Unterbrechungen haben doch auch einen gewissen Werth, selbst wenn wir auch keine Kunstwerke sind! (Heiterkeit.)

Abg. v. Wedell-Malchow erklärt sich für die Bewilligung dieses Titels, da er nach den Erklärungen des Ministers die Verantwortung für die aus einer Feuergefahr den Museen und der Gymnologischen Anstalt drohenden Schädigungen nicht übernehmen will. Der Preis für diese Grundstücke ist ein verhältnismäßig geringer. Lehnen wir heute diesen Titel ab, so wird immer und immer wieder diese Forderung an uns herantreten, und später würden wir sie nicht mehr zu einem derartig mäßigen Preise erbalten können. Der Staat macht meiner Meinung nach ein gutes Geschäft mit diesem Ankauf — ich bitte Sie daher, dem Titel zuzustimmen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde erklärt, zwar gegen die „lieben Berliner“ zu sein, aber doch für den Titel. Berlin gefällt mir nicht, die Gegenseite Berlins kann ich nicht vertragen, Berlin ist immer loyal

und wenn es dazu kommt, opponiert es immer. (Heiterkeit.) Freilich ist Berlin Reichshauptstadt. Aber bei uns im Osten stand man der Errichtung des Deutschen Reiches wenig sympathisch gegenüber, man ließ sie sich gefallen. (Unruhe) Finanziell haben wir große Opfer gebracht, die deutsche Krone ist wesentlich aus preußischem Golde geschmiedet. — Gegen die Bewilligung dieses Titels macht man geltend, wir haben kein Geld und Ubg. Windthorst verlangt Sparsamkeit. Einmal machen wir Steuererlasse und dann schaffen wir eine Hannoversche Provinzialordnung, die 600,000 Mark kostete. Sparen Sie doch da, Abg. Dr. Windthorst! (Heiterkeit.)

Abg. Stengel: Meine Fraktion wird für diesen Titel eintreten. Die Gründe, die gegen den Titel geltend gemacht worden, bestehen wesentlich darin, daß noch keine rechte Verwendung für das Terrain da ist und der Staat also gewissermaßen Spekulation treibt. Diese Vorwürfe treffen doch aber nicht zu; der Staat thut mit dem Ankauf doch weiter nichts, als was die praktische Klugheit gebietet. — Das Motiv, das für den Ankauf geltend gemacht worden ist, die Feuergefährlichkeit dieser Grundstücke, hat keine Widerlegung hier erfahren und ist doch sehr zu beachten. Den weiteren Motiven des Staats, so besonders der Haushaltsschaffung der Vermehrung der Kunstsammlungen, kann ich nicht ganz beipflichten und diese Motive dürften es auch sein, die gegen den Titel eine Gegnerschaft hervorgerufen haben. Abg. Windthorst hat in seiner vorigen Rede eigentlich nicht gegen diesen, sondern gegen einen früheren, den Zweimillionen-Titel gesprochen — diese Position ist doch aber wirklich schon erledigt. — Durch eine Ablehnung dieses Titels würde das Haus eine Verantwortung von größter Tragweite übernehmen. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. von Rauchhaupt: Ich muß zunächst meinem Fraktionsgenossen von Meyer entgegentreten, wenn er u. A. sagt, uns im Osten sei an der Errichtung des deutschen Kaiserreichs wenig gelehrt gewesen. Herr von Meyer hat nicht Namens der Fraktion, sondern nur für seine Person gesprochen. — Wir haben seinerzeit beschlossen, den Packhof wegen seiner Feuergefährlichkeit zu verlegen. Und nun verlangt man, wir sollen aus denselben Gründen noch Grundstücke jenseits des Spree anlaufen — das ist doch zu viel verlangt. Wir haben doch wohl in Berlin noch eine gute Feuerwehr. Wichtiger als dieser Titel erscheint mir denn doch wirklich erst der Neubau des Abgeordnetenhauses.

Abg. Dr. Graf (Ebersfeld) spricht sich in Folge der Erklärungen des Kultusministers für Bewilligung des Titels aus.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn Sie ein Terrain zum Arrondiren der Gymnologischen Anstalt brauchen, so kaufen Sie doch das kleine Stückchen, das dazu nötig ist. Dazu braucht man noch nicht 2 Millionen. Dem Abg. von Meyer muß ich entgegnen, daß seine Ansicht vom deutschen Reiche falsch ist, die Kaiserkrone ist eine deutsche, keine preußische! (Beifall im Centrum.) Ich freue mich, daß Abg. von Rauchhaupt gegen die Auflösung seines Fraktionsgenossen eingetreten ist. Zur Sache wiederhole ich, wir wollen nicht die Mittel für ein Terrain bewilligen, dessen Bebauung dann wieder viel Geld kostet. Sind Gelder vorhanden, so muß daraus zunächst der Neubau des Abgeordnetenhauses beschriften werden. Dieser Neubau ist das wichtigste Bedürfnis und dieses muß zunächst befriedigt werden.

Abg. Löwe (Berlin): Ich und ein Theil meiner Freunde werden dem Titel in dem Beweisteil zustimmen, daß wir die Bewilligung für notwendig hält, auch dafür stimmen muß und sich durch die Ausführungen des Finanzministers in der gestrigen Sitzung nicht verstimmen lassen darf. Wenn die Meinung des Hauses zu Ungunsten des Titels schwanken geworden ist, so hat daran das gestrige Auftreten des Ministers v. Scholz Schuld und wenn der Titel abgelehnt werden sollte, so hätte sich Minister v. Gößler bei seinem Amtskollegen dafür zu bedanken. (Lebhafte Beifall links.) Auch bei dem Prinzipiell Sparjahrheit er scheint dieser Ankauf als eine Notwendigkeit. Ein weiterer Ausbau der Museen etc. ist notwendig, kaufen wir nicht jetzt billig, so müssen wir später teurer kaufen. Auf das gute Beispiel der Stadt Berlin in dieser Beziehung hat Minister v. Gößler bereits hingewiesen. Berlin hat stets Terrain in Bereitschaft, es thut verhältnismäßig viel mehr als andere große Städte und bringt seiner Stellung als Reichshauptstadt große Opfer. Um so mehr muß ich die Unterstellung des Abg. v. Meyer zurückweisen. Berlin ist loyal, und jede politische Überzeugung ist vollberechtigt. Auch Gesinnungsgenossen des Abg. v. Meyer haben schon auf der Linken gesessen. Unsere politische Stellung ist dem Staat mindestens ebenso nützlich, als die Ihre. (Beifall links.)

Berichterstatter Abg. Dr. Birchow empfiehlt die Annahme des Titels Namens der Kommission, in der nicht allein die Rücksicht auf die Feuergefährlichkeit dieser Grundstücke, sondern besonders der Hinblick auf notwendige Neubauten — Abgeordnetenhaus, Bibliothek, Kunstabakademie — den Ausschlag gegeben haben.

Der Titel wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 150 Stimmen genehmigt.

Tit. 29 von Kap. 121 (Ruhgehaltsauschüsse für emeritierte Lehrer 700 000 Mk.) hatte

Abg. Dr. Bender (Königsberg) beantragt, um 100 000 Mk. zu erhöhen, denselben also auf 800 000 Mk. festzulegen.

Die Budgetkommission schlägt vor, den Antrag Bender abzulehnen und Tit. 29 unverändert zu bewilligen.

Abg. Schmidt (Sagan) erklärt im Namen seiner freikonservativen Freunde, er werde dem Antrag Bender zustimmen, um dem Rothstande unter den emeritierten Lehrern bis zur Einführung des verhindernden Schuldotationsgesetzes wenigstens einigermaßen abzuholzen und dies um so mehr, als gewiß noch genaue Zeit bis zur Einführung desselben vergehen wird. Man wird Mißdeutungen im Lande ausgesetzt sein, wenn man diese geringe Summe von 100 000 Mk. z. x. Abhilfe dieses dringenden Rothstandes nicht bewilligte, für andere weniger wichtige Ausgaben jedoch ungeheure Summen verausgabe. Redner hofft, daß auch die Regierung in dieser Angelegenheit Entgegenkommen zeigen werde. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bender: Wir stimmen für den Antrag Bender, trotzdem wir es für bedenklich halten, der Regierung gegenüber die parlamentarische Initiative zur Erhöhung des Etats zu ergreifen. Auch die Regierung hat ja das Bedürfnis nach Verbesserung der Lage der emeritierten Lehrer anerkannt, indem sie sich zum Schuldotationsgesetz bereit erklärt, und in der Budgetkommission ist festgestellt, daß noch über 250 Lehrer mit ihren Familien von weniger als 300 Mk. Pension leben müssen. Wenn wir daher zugleich bedenken, daß wir bereits 400,00 Mk. im Etat abgesehen haben, und daß die Regierung unserer-

Insätze 20 Pf. die sechsfach höhere Beträcke oder deren Raum, Neblamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Uebereinkommen freundlich entgegenkam und eine Erwägung der Angelegenheit versprach, so muß es absolut unbegreiflich erscheinen, warum die Budgetkommission sich gegen diesen Antrag ablehnt verhält. Ich halte es für absolut zulässig und gerechtfertigt, diese 100,000 Mk. zu bewilligen und bitte das Haus in diesem Sinne zu entscheiden.

Minister v. Scholz: Die ganze Frage ist wesentlich eine taktische, ob man für den einen oder anderen Antrag sich entscheidet. Trotzdem aber der Antag Bender überall sympathisch verläuft und der Zustimmung des Hauses ja sicher scheint, so halte ich es dennoch für richtig, stets die seitens Grundlage in Finanzjahren zu beachten, um eine einheitliche Regelung des Finanzwesens zu ermöglichen. Zu dem Zeitpunkte nun, als die Fertigstellung des Etats erfolgen mußte, im Herbst v. J. lagen der Regierung keine Anreichen vor, daß jene Summe von 700 000 Mk. für ihren Zweck unzulänglich sein würde. Als sich jedoch in den nächsten Monaten dieses Bild änderte, hat die Regierung nicht angestanden, sofort in eine neue Prüfung dieser Etatposition einzutreten, um wenn sich eine Erhöhung als notwendig herausstellt, mit einem diesbezüglichen Antrage vor das hohe Haus zu treten. Ich kann daher nur vom Standpunkt der Sorge für Einhaltung eines einheitlich geregelten Finanzwesens und für Aufrechterhaltung der Initiative der Regierung bitten, lassen Sie sich nicht von der Popularität des Antrages bestechen und bedenken Sie, daß Ziel ist beidemal dasselbe.

Abg. Knörke begreift nicht, wie nach dieser Anerkennung des Bedürfnisses die Regierung erst noch neue Erhebungen anstellen will, selbst wenn bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Etats sich das Bedürfnis nicht gezeigt hätte. Ihm liegt eine Verfügung vom 7. Oktober v. J. vor, daß di: Rothlage zwar anerkannt werde, aber neue Unterstüttungen wegen Mangel an Fonds nicht gegeben werden könnten. Er hätte sich vielmehr gefreut, wenn der Herr Minister eine unmittelbar aufzumende Erklärung gegeben hätte; denn die alten Lehrer könnten nicht von Sympathien und Hoffnungen leben. Er halte es daher für Pflicht, dem Antrage Bender zuzustimmen, in der aufrichtlichen Hoffnung, die Regierung werde dem dringendsten Rothstande abhelfen, bis das Dotationsgesetz eine endgültige Erledigung der Sache herbeiführe. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst hält es an sich durchaus für richtig, daß die Initiative für irgend welche Ausgaben von der Regierung ausgebe. Wenngleich er daher von dem formellen Rechte des Landtages, Etatstitel zu erhöhen, auch nicht vollkommen überzeugt sei, so werde er doch dem Antrage Bender zustimmen, um einer Abhilfe jenes dringenden Rothstandes seinerseits nicht entgegenzutreten. Er erkläre aber, daß aus dieser Ausnahme kein Präjudiz für andere Fälle hergeleitet werden darf. (Beifall.)

Abg. Rickert: Ich freue mich um so mehr, heute für diesen Antrag sprechen zu brauchen, als in der damaligen Sitzung, in welcher ich denselben in Aussicht stellte, sich einige Opposition dagegen erhob. Auch ich habe dabei anerkannt, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt, will aber nicht immer alle konstitutionelle Regel gelten lassen. Wir sind ja in Preußen noch nicht so weit gekommen, daß unsere Volksvertretung, wie es in jedem konstitutionellen Staat der Fall ist, auch das Bewilligungrecht der Einnahmen und Ausgaben hat. Vielmehr wird uns jedoch noch so geringe Recht, das wir uns mühsam erworben haben, lächeln von dem Herrn Minister genommen. Und dann kommt man mit der Aufrechterhaltung der konstitutionellen Regel. (Heiterkeit.) Eigentlich berührt es mich, wenn der Herr Finanzminister sagte, das Bild sei nach dem Herbst v. J. ein anderes geworden, und wenn sein Kollege, der Herr Kultusminister schon seit zwei oder drei Jahren dieses Bedürfnis anerkannt hat, ja wenn sogar mehr als 700 000 Mk. dafür verausgabt sind. Diese Summe reicht also doch in keiner Weise, und ich freue mich, wenn auch der Herr Minister dieses erklärt. Ich will mich daher auch dagegen vertheidigen, als ob diese Erhöhung schon ausreichend sei, und hoffe vielmehr, daß auch der Minister gewiß noch weiter entgegenkommen wird. (Heiterkeit). Weniger als diese 100 000 Mark wird ja auch die Regierung nicht verwenden wollen; braucht sie mehr, so hat sie damit bereits eine feste Basis gewonnen. — Über das Dotationsgesetz erfahren wir dagegen gar nichts mehr; nach den Ausführungen des Referenten der Budget-Kommission scheint es sogar, als sollten wir es gar nicht mehr bekommen; — der Herr Minister-Kommission als eine irrite zu erklären und uns mitzuteilen, ob das Gesetz auch wirklich demnächst vorgelegt werden wird. — Inzwischen lassen Sie uns diese 100 000 Mark als eine kleine Abschlagszahlung hinnehmen, ohne auf weitere Vorschläge zu verzichten. (Beifall.)

Minister v. Scholz erklärt, daß das Dotationsgesetz sehr bald im Hause erscheinen werde. Er sei durch die Ausführungen des Referenten der Kommission selbst überrascht worden, habe aber vorhin vergessen, dieselben zu berichtigten. — Wenn er von einer Änderung des Bildes im Herbst v. J. ein anderes geworden, so sei das nur in soweit geschehen, daß während der Fertigung des Etats keine Anträge auf Erhöhung von Unterstüttungen der Regierung vorgelegen hätten, später eingegangene allerdings aus Mangel an Fonds abschlägig beschieden seien. Die Lage der emeritierten Lehrer erfordere gewiß die Sympathie aller und die Aufgabe müsse daher eine viel weitgehendere sein, als nur eine kleine Linderung einzelner Rothstände zu bewirken, zu der allein jene beitragen.

Abg. v. Heyden-Cadow erklärt sich für den Antrag Bender und hofft, daß seitens der Regierung die Grundlage bei Vertheilung dieser Fonds beabsichtigt sei, damit namentlich nicht die Ersparnisse der Lehrer und die Verhältnisse ihrer Verwandten in eine für die Beteiligten verleidende Rechnung gebracht zu werden brauchten. Allerdings würde dann noch mehr Geld nötig sein, aber es dürfe doch eine Emeritierung kaum mit einer geringeren Pension als 600 Mark eintreten.

Der Antrag Bender wird darauf einstimmig genehmigt.

Zu Kap. 124 Tit. 18 (Entschädigung der Geistlichen für den Ausfall der Stolgebühren 500 000 Mk.) beantragt die Kommission

1. die Regierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst den Entwurf des § 54 des Gesetzes über die Beurlistung des Personenstandes verhindernden Gesetzes vorzulegen und 2. dem Tit. 18 folgenden Zusatz zu geben: Bis zum Erlass des im § 54 des Zivilstandsgesetzes verhinderten Gesetzes können aus den Ersparnissen dieses Fonds Entschädigungen für den Ausfall von Gebühren auch an solche Geistliche und Kirchenbeamte, sowie jüdische Religionsdiener, bezw. Kirchengemeinden gewährt werden, welchen ein Entschädigungsanspruch auf Grund des Gesetzes nicht zusteht.

Abg. Dr. Langenhans beantragt getrennte Abstimmung über die beiden Kommissionsanträge.

Abg. Dr. Brügel ist für den Antrag der Kommission, hätte es aber lieber gesehen, daß die Bertheilung nicht dem Staate, sondern den einzelnen Religionsgenossen überlassen werde.

Minister v. Scholz: Abg. Dr. Windthorst hat bei der vorigen Diskussion gesagt, nur ausnahmsweise dürfen solche Erhöhungen bewilligt werden. Mit diesem Antrage ist nun bereits eine amite Ausnahme geschaffen. Wenn Sie in den Text des Etats einen neuen Verwendungswort für diesen Titel einsetzen, ist das dasselbe, als ob Sie einen neuen Titel schaffen. Geben Sie auf diesem Wege nicht weiter, sondern bleiben Sie bei Ihrer früheren Praxis, wonach Sie Ihre Wünsche der Regierung in einem Beschlusse mittheilen, der für den nächsten Etat berücksichtigen finden sollte.

Abg. Dr. Windthorst: Ich hoffe, daß die Regierung den Antrag der Kommission als den Ausdruck unserer Wünsche für den nächsten Etat berücksichtigen wird. Sollte der Kommissionsantrag nicht angenommen werden, würde ich event. einen besonderen Antrag stellen.

Die Anträge der Kommission werden angenommen und damit ist die zweite Berathung des Kultusetats erledigt.

Ohne Diskussion wird der Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatsbausatzes genehmigt und damit die zweite Berathung des Etats beendet.

Der Präsident teilt mit, daß die zweite Berathung einen Überschub von 301 660 M. ergeben hat, und daß vom Finanzminister ein Nachtragsetat eingereicht worden ist, der noch vor der dritten Etatherathung zur Erledigung kommen soll.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen. Schluss 3 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 13. Febr.

— Die Anwesenheit des Erbgroßherzogs von Oldenburg in Berlin wird in Hoffreisen in Zusammenhang gebracht mit den Bemühungen zur Befestigung des Zwiespalts in der Familie des Prinzen Friedrich Karl. Der Erbgroßherzog begiebt sich dem Vernehmen nach von hier aus nach Holland zur Prinzessin Heinrich der Niederlande und demnächst zu seiner Schwiegermutter, der Prinzessin Friedrich Karl nach Dessau.

— Der Reichstag wird, wie nunmehr bestimmt steht, zum 4. März einberufen werden.

— Heute tagte hier der Ausschuss des deutschen Handelsrates. Zur Berathung stand das Gesetz über die Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien. Herr Oberbürgermeister Russel erstattete sein Referat, in welchem er im Allgemeinen einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnahm, abgesehen von Einzelheiten, welche Zustimmung fanden. Dieses Referat wird nunmehr dem Plenum vorgelegt werden. Es kann mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß das Plenum sich dem Gesetzentwurf gegenüber ablehnend verhalten werde.

— Der Einzug des Bischofs von Münster in Münster hat am 12. d. programmatisch stattgefunden. Der Fackenza feierte sich Abends 6½ Uhr in Bewegung. Beim bischöflichen Palais hielt der Oberbürgermeister Scheffer-Boichorst die erste Ansprache im Namen der Stadt Münster. Der Bischof sprach dem Redner gegenüber seinen Dank aus. Darauf betrat der Abg. Dr. v. Schröder-Witt die vor dem Palais errichtete Tribune und begrüßte den Bischof im Namen der Diözece. Als der Redner geendet, erschallte ein tausendstimmiges Hoch, worauf der Bischof selbst die Tribune bestieg, um zu seinen Diözesanen zu sprechen. Nach Beendigung des glänzenden Fackelzuges fanden in den Räumen der Gesellschaft "Eintracht" und im Rathause Festversammlungen statt, welche bei musikalischen Aufführungen und froher Unterhaltung die Festgenossen noch lange zusammenhielten. Am nächsten Morgen erlöste von den Thürmen des Domes und aller Kirchen feierliches Geläute, welches den Hauptfesttag einleitete. Es herrschte in allen Straßen ein reges Menschenbewußt. Durch den überaus zahlreich erschienenen Clerus und des Festkomitee wurde der Bischof zum Dom geleitet, woselbst um 10 Uhr das Pontifical-Hochamt stattfand, an welches sich das Te Deum des Dankes anschloß. Um 11½ Uhr zeigte sich der Bischof mit Mitra und Stab auf der Estrade vor dem großen Portal, umgeben vom Domkapitel und der Geistlichkeit.

— Einer der größten rheinischen Firmen im Weingeschäfte ist dieser Tage folgendes Schreiben zugegangen: "Chicago, 25. Jan. 84. Hiermit möchte ich aufs höflichste Sie der Mühe entheben, mir ferner Girkulare oder Preislisten zu senden, indem ich mir das gerechte Prinzip angeeignet habe, keine deutschen oder französischen Weine mehr zu importieren, bis das (hier folgt ein recht despaltirliches Epitheton) Schweinfleischwarenverbot aufgehoben ist. Bis dahin wollen wir unseren feineren einheimischen Weinen mehr Geltung verschaffen, die solche längst verdient hätten."

Wien, 11. Febr. Bis zum 7. Februar wurden 300 Personen ausgewiesen. — Der Strafgefängnisschuss des Abgeordnetenhauses nahm das Gesetz betrifftend die Entschädigung unzureichender Verurteilter an und beschloß entgegen der Regierungsvorlage eine teilweise Rückwirkung des Gesetzes. Es sollen nämlich Personen, die vor der Wirksamkeit desselben unzureichend verurteilt wurden, entschädigt werden, dagegen bezüglich berentiger, die in der wieder aufgenommenen Verhandlung freigesprochen wurden, die Rückwirkung nicht eintreten.

London, 12. Febr. Die Regierung hat beschlossen, ein Detachement der gegenwärtig in Egypte stehenden englischen Truppen zur Unterstützung von Tokar abzusenden. Die Truppen werden von dem General Graham befehligt werden. — Zahlreiche Offiziere beabsichtigen, wie es heißt, heute Abend via Neapel nach Egypte abzureisen. Gerüchtweise verlautet, es sollten Truppenverstärkungen nach Egypte gesandt werden, doch ist noch nichts Definitives bekannt. In den Arsenalen und in den Departements des Krieges und der Marine herrscht lebhafte Thätigkeit. — Man spricht davon, das Kanalgescchwader unter dem Befehle des Herzogs von Edinburg habe Befehl erhalten, nach Egypte abzugehen.

Aus Karlsruhe berichtet man:

Der Transportdampfer "Orontes" ist mit 400 Mann Landungstruppen von Port Said nach Suakin abgegangen. Die Kriegsschiffe "Monarch" und "Hercules" werden morgen folgen. General Gordon meldet telegraphisch, er hoffe trotz der Niederlage Baker Pascha's noch

immer auf Erfolg. Baker hat den englischen Oberst Coetlogon zum Kommandanten von Khartum ernannt und eine Versammlung der Führer der verschiedenen Stämme einberufen.

Im Unterhause erklärte der Parlamentssekretär der Admiralität, Campbell-Bannerman, die Blättermeldungen, daß der Vizeadmiral, Herzog von Edinburg, mit dem unter ihm stehenden Geschwader nach dem Roten Meer beordert sei, für gänzlich unbegründet, der im Roten Meer befindliche Kontreadmiral Hewett bestätige das volle Vertrauen der Regierung, und diese wünsche demselben jede in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren.

Das Oberhaus hat das Tabelvotum Lord Salisbury's mit 181 gegen 81 Stimmen angenommen. Dasselbe hatte folgenden Wortlaut: "Dieses Haus, nachdem es den Schriftwechsel über Egypten gelesen, ist der Meinung, daß die jüngsten bellagenswerten Ereignisse im Sudan in grohem Maße der unschlüssigen und inkonsistenten Politik der Regierung zugeschrieben sind." An der Annahme dieses Antrages im Oberhause hatte Niemand gezweifelt; unter dem Eindruck der Meldung der neuen Katastrophe von Sinkat mußte sie um so sicherer erfolgen. — Im Unterhause hat Northcote denselben Antrag eingebracht, doch wurde die Debatte am ersten Tage nicht zu Ende geführt. Wenn auch die Regierung im Unterhause in der Majorität bleibt, so ist doch ihre Politik in Egypten für alle Zeiten gerichtet.

Um über das Schicksal der beiden deutschen Photographen, welche seit dem Gefecht bei Trinkitat vermisst werden, Gewißheit zu erlangen, ist an Sartorius Pascha vor einigen Tagen ein Telegramm aus London abgegangen, auf welches, wohl infolge der begreiflichen Verwirrung, die in Suakin herrscht, noch keine Antwort eingetroffen ist. Daß unsere Landsleute in jenem Kampfe gefallen seien, ist hoffentlich ein Irrthum; sie werden in den telegraphischen Meldungen nur unter den "Vermissten" aufgeführt.

Warschau. Dem "Kur. Pogn." schreibt man von hier, General-Gouverneur Gurko, der gegenwärtig in Petersburg weilt, werde auf seinen Posten nicht wieder zurückkehren. Mangel an Taktgefühl im öffentlichen Verkehr soll die Veranlassung seiner Abberufung sein. Der General sei jetzt um so entbehrlicher, als bei den augenblicklich ungetrübten Friedenaussichten man seiner in den polnisch-russischen Grenzgebieten nicht sonderlich bedürfe. Es ist indessen nicht unwahrcheinlich, daß in diesem Falle lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. — Im Zusammenhang hiermit wird das "aus guter Quelle" stammende Gerücht registriert, man plane die Vereinigung der beiden General-Gouvernements Warschau und Wilna mit dem Grafen Ignatow an der Spitze.

## r. Stadtverordneten-Sitzung

am 13. Februar.

Anwesend sind 23 Mitglieder, und zwar die Herren: Brodniz, Ganski, Dr. Friedländer, Herr, Jädel, B. Jaffé, v. Hiedemski, Kantorowicz, Kurien, Kronthal, Dr. Landesberger, Dr. Ledinski, Uhner, Manheimer, Milch, Müller, Braunsz, Dr. Nebels, Höstel, Rosenfeld, Schweiger, Victor, Ziegler. Von Magistrats-Mitgliedern sind zugegen: Bürgermeister Herse und die Stadtärzte Andersch, S. Jaffé, Rump, Schmidt. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtv. B. Jaffé, einige geschäftliche Mittheilungen. In einer früheren Sitzung hatte die Versammlung auf Antrag des Stadtv. v. Jozdzenski beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den hiesigen Elisabethinerinnen (grauen Schwestern für ambulante Krankenpflege) eine Subvention von 600 M. zu bewilligen. Magistrat hat jedoch erklärt, daß er nach wie vor sich dem Subventionsgesuch der Elisabethinerinnen gegenüber ablehnend verhalte.

Zum Mitgliede der Sparkassen-Deputation wird an Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes, nachdem Stadtv. Rössel im Namen der Wohlkommission berichtet hat, Kaufmann Sam. Auerbach, und zum Mitgliede für die Verwaltung der Pfandleih-Anstalt Director Schols (von der Sprit-Altengesellschaft) gewählt.

Gegen die definitive Anstellung des Lehrers Höven, worüber Stadtv. Herz berichtet, wird seitens der Versammlung kein Einspruch erhoben.

Zum Mitgliede für die Berathung der Krankenversicherungen wird auf Antrag der Wohlkommission, in deren Namen Stadtv. Rössel berichtet, an Stelle des Landgerichtsraths Cwalina, welcher die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat, Rechtsanwalt v. Jazdzenski gewählt.

Es wird hierauf in die Berathung über den Etat pro 1884/85 eingetreten, und zwar wird zunächst darüber berathen, ob, wie dies vom Stadtv. Jädel und Genossen beantragt worden ist, vor Eintritt in die Berathung über die einzelnen Etats eine Generaldebatte über den Etat pro 1884/85 stattfinden sollte. Stadtv. Jädel ist motiviert diesen Antrag, indem er darauf hinweist, daß, wennwohl bei Aufstellung des Etats Seitens des Magistrats mit möglichster Sparsamkeit vorgegangen sei, doch wieder eine Zunahme des Zuschlags gegen das Vorjahr um 16 Prozent erforderlich werden würde, während der Zuschlag zur Klassensteinsteuer pro 1883/84 gegen das Vorjahr bereits um 31 Prozent geworden war; es sei demnach zu befürchten, daß, wenn es in dieser Weise weitergehe, der Zuschlag nach 5 Jahren, trotzdem doch Schätzungen erhöhten wird, 300 Prozent betragen werde. Es werde sich daher empfehlen, sich mit der Etatsberathung so eingehend wie möglich zu befassen, und dabei vielleicht auch in Erwägung zu ziehen, ob sich nicht neue Einnahmeketten schaffen lassen; darüber möge eine Generaldebatte eröffnet werden. — Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden ist, wird hierauf in die Berathung über die einzelnen Etats eingetreten.

Über den Etat für die Stadtschulden-Verwaltung pro 1884/85 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Brodniz, und wird danach dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Einnahme: Zinsen von Kapitalien, und zwar von Hypothekenforderungen zu 5 p.c.: 10 997,96 M. von 219 959,19 M. Kapital, gegen 12 000,46 M. im Vorjahr, indem ein Kapital von 20 000 M. zur Rückzahlung zum 1. Januar 1884 gefündigt ist. Zinsen von Wertpapieren 2295 M. gegen 9934 M. im Vorjahr, indem bedeutende Verstände zur Deckung von Kaufgeldern für die Grundstücke St. Adalbert 107 und St. Martin 160 verwendet werden. Anderweitige Zinsenannahmen 13 342,96 M. gegen 21 984,46 M. im Vorjahr. Aus anderen Fonds 115 181,54 M. gegen 101 465,54 M. im Vorjahr. Die Ausgabe beträgt: an Zinsen und Amortisation 128 524,50 M., so daß Einnahme und Ausgabe in diesem Betrage balancieren.

Über den Etat für die offene Armenpflege berichtet Stadtv. Manheimer im Namen der Finanzkommission, und wird danach dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Einnahme: Zinsen von Hypothekenforderungen zu 5 p.c. und von Wertpapieren 10 735,77 M. gegen 10 682,27 M. im Vorjahr. Pfleggelder 36 M. Zuschüsse

113 533,63 M., davon Zuschuß aus der Rämmereikasse 113 288,72 M. (gegen 101 942,22 M. im Vorjahr); wieder eingezogene Kosten 12 650 M., insg. 4250 M. Mark, davon 3000 M. an Steuer für öffentliche Lustbarkeiten. Ausgabe: Wiethe und Abgaben 1092,40 M. Geldunterstützungen: 102 575 M. (gegen 96 753 M. im Vorjahr), davon 75 000 M. laufende und einmalige Unterstützung an Hausrat, 25 500 M. Pfleggelder für verlassene Kinder. — Bei dieser Gelegenheit teilt Stadtv. Abg. Kantorowicz mit: es sei in der Finanzkommission zur Sprache gekommen, ob es sich nicht empfehlen dürfe, die Anzahl der Armenbeiratsvorsteher und der Auszahler zu vermehren, da gegenwärtig auf den einzelnen Bezirksvorsteher und Auszahler zu viele Arme entfallen, so daß derselbe nicht im Stande ist, die Verhältnisse der einzelnen Armen genügend kennen zu lernen resp. worauf es hauptsächlich ankomme, die Quellen der Armut zu verstopfen; werde dagegen jeder Armenbeiratsvorsteher resp. Auszahler es nur vielleicht mit 30 bis 40 Armen zu thun haben, so werde er mehr Interesse für dieselben gewinnen, insbesondere auch für die Kinder derselben eine geeignete Fürsorge treffen können. Da vielfach darüber geklagt werde, daß die polnischen Bürgerväter ihre Mitwirkung bei der Armenpflege verlügen, so werde die Bitte an die polnischen Stadtverordneten gerichtet, ihren Einfluß bei ihren Landsleuten dahin geltend zu machen, daß dieselben dieser Angelegenheit, bei der es sich doch in bedeutendem Grade auch um die polnische Bevölkerung unserer Stadt handle, recht viel Interesse widmen. — Bürgermeister Herse erklärt, daß der Magistrat im Allgemeinen auf dem Standpunkte der Finanzkommission stehe. Für das Elberfelder System der Armenpflege habe sich im Magistrat mit Rücksicht darauf, daß der nationale und religiöse Zwiespalt die Einführung dieses Systems hier nicht durchführbar erscheine lasse, die Mehrheit nicht entschieden, dagegen sei dieselbe gleichfalls für Vermehrung der Armenbeiratsvorsteher. Ein vermittelnder Vorschlag, nach welchem eine Dezentralisation mit Einrichtung von 10 Bezirken, wobei die Bezirke der Einführung-Kommission zu Grunde zu legen wären, eingeführt werden solle, werde vielleicht als Zwischenstation zum Elberfelder System überführen. Es werde der Versammlung, wenn die Sache so weit sei, eine Vorlage Seitens des Magistrats zugeben. — Stadtv. Dr. Friedländer empfiehlt eine regere Wirtschaftlichkeit der Privatwohltätigkeiten, insbesondere die Bildung großer Armenvereine. — Stadtv. Lebinski erklärt, in Betr. des vom Stadtv. Kantorowicz ausgesprochenen Vorfurten nicht genügend informirt zu sein; hoffentlich würden aber auch die polnischen Bürgerväter bei einer neuen Organisation des Armenwesens ihre Mitwirkung nicht versagen. Die Ursache, daß es unter der polnischen Bevölkerung unserer Stadt so viel Proletariat gebe, liege zum Theil darin, daß zahlreiche Brotstellen der polnischen Bevölkerung verschlossen sind. — Der Wunsch der Finanzkommission wird durch die Erklärung des Bürgermeisters Herse für erledigt erachtet. — Ausgabe an Natural-Unterstützungen 10 650 M. (gegen 5960 M. im Vorjahr), davon 9000 M. Bekleidungskosten für verlassene Kinder (gegen 4300 M. im Vorjahr), zu Bündern und Schreibmaterialien 1000 M. Offene Armenkrankenpflege 8000 M., davon 4000 M. für Armeimittel. Kosten für Beerdigung städtischer Armen 600 M. Armenpflegelosten für außwärts untergebrachte Armen 12 000 M. Beerdigungskosten für die in Owińska untergebrachten Armen 12 000 M. (gegen 9000 M. im Vorjahr), 690 M. insg. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 141 207,40 M. (gegen 127 105,40 M. im Vorjahr).

Über den Etat für die Krankenhaus-Verwaltung berichtet gleichfalls Stadtv. Manheimer. Der Etat wird in der Weise festgestellt, daß Einnahme und Ausgabe mit 84 347 M. (gegen 76 122 M. im Vorjahr) balanciren. Einnahme: Ersatzleistungen und sonstige Einnahmen 25 870 M. Zuschuß aus der Rämmereikasse 58 677 M. Unvorhergesehene Einnahmen 300 M. Ausgabe: persönliche Verwaltungskosten 12 863 M. Es wird bei dieser Gelegenheit der Wunsch ausgesprochen, daß das ärztliche Personal vermehrt werde, vielleicht in der Weise, daß außer den beiden Ärzten noch ein Oberarzt, oder überhaupt zwei Assistenzärzte, von denen einer stets anwesend sein müsse, und ein Oberarzt anzustellen seien. — Neu eingestellt sind 900 M. zur Besoldung eines Hilfsarbeiters für den Lazareth-Inspектор. Sächliche Verwaltungskosten 29 182 M. (gegen 23 566 M. im Vorjahr). Haushaltsumsätze 5400 M. Speisungskosten 31 700 M. Behandlungskosten 3600 M. Beerdigungskosten 1200 M.; unvorhergesehene Ausgaben 400 M.

Der Etat der Hospital-Verwaltung wird, nachdem Stadtv. Manheimer im Namen der Finanzkommission berichtet hat, in Einnahme und Ausgabe mit 15 340 M. (gegen 14 940 M. im Vorjahr) festgestellt. Einnahme: Ersatzleistungen 100 M.; aus den Arbeiten der Hospitalitäten 50 M.; verkaufte Nachlaß-Gegenstände 20 M. Zuschuß aus der Rämmereikasse 15 170 M. Ausgabe: persönliche Verwaltungskosten 650 M.; sonstige Aufwendungen für Hospitalitäten 70 M.; unvorhergesehene Ausgaben 30 M.

Über den Etat für die Waisenpflege berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Brodniz. Danach wird der Etat in Einnahmen und Ausgabe mit 24 365 M. (gegen 18 784,87 M. im Vorjahr) festgestellt. Einnahme: Pacht von Grundstücken 31 M. Zinsen 1195,47 M. Zuschuß aus der Rämmereikasse 21 729 M. (gegen 16 743,40 M. im Vorjahr); erstatete Pflegeloder 1350 M. unvorhergesehene Einnahmen 60 M. Ausgabe: Unterhaltung der Waisenknaben-Anstalt 490 M.; für die Dr. Jakob'sche Waisennäddchen-Anstalt 2800 M.; Unterhaltung der Waisen 430 M.; dem Waisenarzte Remuneration 450 M.; Kosten der offenen Waisenpflege 14 980 M. (gegen 9680 M. im Vorjahr), davon für Verpflegung 11 000 M. (gegen 7000 M. im Vorjahr); Bücher und Schreibmaterialien 500 M.; insg. 265,91 M.

Der Etat der Luisenstiftung für Speisung der Armen wird, nachdem Stadtv. Rothenfeld im Namen der Finanzkommission berichtet hat, in Einnahme und Ausgabe mit 28 51,50 M. (gegen 2960 M. im Vorjahr) festgestellt. Einnahme: Zinsen 2851,50 M. Ausgabe: zur Speisung der Armen mit Suppe, und zu unvorhergesehenen Ausgaben 2851,50 M.

Über den Etat für die Marstallverwaltung berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtv. Kantorowicz. Danach wird dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Für gemeindliche Zwecke zu leistende Fuhren: 25 632 M., davon für vom Marstall zu stellende Gespanne zur Straßenreinigung, zur Annahme von Hilfsgespannen und Hilfs-Auf- und Abladern im Winter 15 634 M.; Fuhren für Pflegeloden 4000 M. z. Ertrag für Pferdedünger 400 M.; unvorhergesehene Einnahmen 18 M. Ausgabe: Besoldungen und Löne 7485 M.; Unterhaltung von 14 Pferden 8164 M.; Ergänzung des Pferdebestandes 1500 M.; Unterhaltung der Geräthschaften 1480 M.; Miete 870 M.; sonstige Ausgaben 2601 M. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 26 050 M. (gegen 26 879 M. im Vorjahr).

Der Etat für die Hundesteuerverwaltung, über welchen Stadtv. Schweiger berichtet, balancirt nach der Feststellung in Einnahme und Ausgabe mit 7380 M. (wie im Vorjahr). Einnahme an Hundesteuer und für Erbscheide 7380 M. Ausgabe: Verwaltungskosten 615 M.; Verwendung des Überschusses 6865 M. Es wird hierbei der Wunsch ausgesprochen, es möge etwas zur Ableitung des Wassers von der tiefen Stelle des Gerberdammes unter der Überführung der Posen-Thuner Bahn, resp. zur Pfasterung dieser Stelle geschehen.

Damit erreicht die öffentliche Sitzung, an welche sich noch eine geheime schließt, 6 Uhr Abends ihr Ende.

# Vocales und Provinzielles.

Posen, 14. Februar.

d. [Zur Sprachenfrage.] Der „Dziennik Pozn.“ meint in einer Korrespondenz aus der Umgegend von Posen: es werde, nachdem es nicht gelungen sei, die deutsche Unterrichtssprache beim Religionsunterricht polnischer Kinder generell einzuführen, in den Volkschulen des Kreises Posen polnischen Kindern aus folgenden Motiven der Religionsunterricht in deutscher Sprache ertheilt: 1) weil die Voreltern derselben Deutsche gewesen seien; 2) weil sie bereits hinlänglich die deutsche Sprache verstanden; 3) weil sie in den unteren Abtheilungen allmählig sich an die deutsche Sprache gewöhnen und deutsch sprechen lernen sollen; 4) andere endlich würden aus unbekannten Gründen der deutschen Religionsabtheilung überwiesen. In gleicher Weise würden auch aus verschiedenen Gründen polnische Schulkinder vom polnischen Sprachunterricht ausgeschlossen, und zwar 1) weil es Kindern mit deutschem Namen nicht frei stehen dürfe, am polnischen Sprachunterricht Theil zu nehmen, damit sie leichter zur Sprache der Vorfahren zurückkehren; 2) weil angenommen werde, daß sie polonistire, früher rein deutsche Namen führen; 3) weil von dem Grundsache ausgegangen werde, das Schulkind müsse zuerst die fremde, und erst dann die Muttersprache kennen lernen; es werden daher aus letzterem Grunde die polnischen Kinder in den untersten Klassen im polnischen Lesen und Schreiben nicht unterrichtet.

r. In der Friedrichstraße ist gestern mit der Reparatur des Straßenslaters zwischen und neben den Gleisen der Pferdebahn begonnen worden.

r. Verhaftet wurde gestern Nachmittags ein obdachloser Schneidergeselle, welcher im angetrunkenen Zustande das Publikum auf der Bronnerstraße belästigte.

## Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 13. Februar. Der General der Kavallerie v. Cümppling, zuletzt kommandirender General des VI. Armeekorps, und der Geheime Kommerzienrath Ruffer sind gestorben.

Leipzig, 13. Febr. Die Nachrichten über Ergreifung der Thäter des hiesigen Postraubes sind nach Erkundigungen an kompetenter Stelle nicht richtig.

Haag, 13. Febr. Der Gesandte Russlands am hiesigen Hofe, Geheimrath v. Stolipine ist diese Nacht gestorben.

Paris, 12. Febr. Die neue Rentenanleihe ist in Paris allein in voll einzuzahlenden Beträgen gezeichnet und in den Provinzen 2 bis 3 Mal in voll einzuzahlenden Beiträgen gezeichnet.

Paris, 13. Febr. Der Betrag der für die neue Anleihe gezeichneten Renten beläuft sich auf 44 175 000 Francs an Rente, der Staatschlag würde demnach an Kapital 624 200 000 Francs erhalten und zwar von liberirten Bezeichnungen 22 143 000 Francs an Rente und 565 380 000 Francs an Kapital, von nicht liberirten Bezeichnungen 22 032 000 Francs an Rente und 58 820 000 Francs an Kapital. Die Anleihe ist also  $1\frac{1}{5}$  mal in liberirten Stücken und  $3\frac{1}{5}$  mal im Ganzen gedeckt.

Paris, 13. Febr. Nach einem Telegramme des Admirals Courbet vom 8. d. M. sind die Mandarinen, welche die Niedermeldung der Christen in Thanhao zuließen, auf Befehl des Hofs von Hue vor Gericht gestellt und bestraft worden.

Paris, 13. Febr. Wie die „Patrie“ meldet, sind außer den Niedermeldungen in Thanhao noch andere Gewaltthätigkeiten gegen Christen in Annam vorgekommen. So melde der Bischof Gaspar, apostolischer Vikar des nördlichen Cochinchina, daß schreckliche Melekeien in der Umgegend von Hue geschehen, mehrere Christen-Niederlassungen zerstört und mehr als 50 Christen umgebracht worden seien. Durch hochgestellte Mandarinen gedogene Banden zogen durch das Land mit dem Ruf: „Tod den Christen, Tod den Franzosen!“ wobei sie plünderten und mordeten. Das Vikariat im östlichen Cochinchina laufe gleiche Gefahr. Die Christen in der Umgegend von Turane verließen die Dörfer und begaben sich nach Quinhon, wo sie Franzosen anzutreffen hofften. — Der „Temps“ versichert, die telegraphische Verbindung mit Tonkin werde morgen fertiggestellt sein.

Rom, 12. Febr. Der „Moniteur de Rome“ bestätigt, daß der Vatikan den Nuntiaturen eine Note über die Sentenz des Kassationshofes in der Angelegenheit der Propaganda über-sandt hat.

Rom, 13. Febr. Die Nachricht auswärtiger Blätter über baldige Errichtung einer russischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle war der „Agenzia Stefani“ zufolge niemals begründet. Die Unterhandlungen Buteniefs mit dem Kardinal Jacobini über die schwedenden Fragen seien sogar suspendirt, wenn nicht abgebrochen.

Athen, 13. Febr. In einer der hiesigen türkischen Gesandtschaft aus Kreta zugegangenen Depesche wird die Nachricht von dem Ausbruch einer Insurrektion auf Sphakia für unbestimmt erklärt.

Belgrad, 13. Febr. Gestern traf der erste Zug der serbischen Staatsbahn in Niš ein und wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Der Bautenminister Protic erwiederte die Ansprache des Bürgermeisters im Namen des Königs. Von der Gemeinde wurde ein Glückwunschtelegramm an den König abgesandt.

Berlin, 14. Febr. Die verstärkte Gemeindelokomission des Abgeordnetenhauses nahm mit 14 gegen 5 Stimmen den Antrag Straßmann-Zelle auf Erlass eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Städteordnung der sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 an.

Rom, 14. Febr. Die Note des Vatikans bezüglich der Propaganda von Rom giebt die Geschichte des Instituts. Sie weist nach, der universelle Charakter desselben bedinge dessen finanzielle Selbständigkeit. Die Note erinnert an die vorangegangenen für die Propaganda günstigen Gerichtsurtheile und schließt, indem sie anzeigt, daß der Vatikan zur Sicherung der

neuerlichen Schenkungen geeignete Maßregeln im Interesse der Propaganda ergreifen werde.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontaine in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
13. Nachm. 2	767,7	SO schwach	heiter	+ 4,2
13. Abends 10	768,5	O schwach	trübe Nebel	- 0,6
14. Morgs. 6	767,3	RO schwach	bedeckt	0,0
Am 13. Wärme-Maximum: + 5°0 Gels.				
Wärme-Minimum: - 2°7				

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. Februar	Morgens 2,80 Meter
13.	Mittags 2,80
14.	Morgens 2,76

### Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 13. Febr. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,472. Pariser do. 81,13. Wiener do. 168,35. S.-A. S.-L. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 107, L.-R. Br.-Anth. 126, Reichsanl. 102, Reichsbank 148, Darmst. 153, Mainz. Bl. 94, Destr.-ung. Bank 709,75. Kreditaktien 265. Silberrente 67, Papierrente 67, Goldrente 85, Ung. Goldrente 75, 1860er Loose 119, 1864er Loose 315,00, Ung. Staatsl. 221,20, do. Ostb.-Ob. II. 98, Böhm. Westbahn 254, Elisabethb. — Nordwestbahn 154, Galizier 249, Franzosen 263, Lombarden 119, Italiener 92, 1877er Russen 90, 1880er Russen 72, II. Orientanl. 56, Centr. Pacific 110, Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 56, Wiener Bantverein 94, 5 österreichische Papierrente 79, Buschtrader — Egypter 67, Gotthardbahn 101.

Türken 9. Edison 112, Lübeck-Büchener 157. Rothr. Eisenwerke — Marienburg-Mlawka —.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 264, Franzosen 263, Galizier 248, Lombarden 118, II. Orientanl. — III. Orientanl. — Savoie 67, Gotthardbahn —, Spanier —, Marienburg-Mlawka — 1880er Russen —.

Frankfurt a. M., 13. Febr. (Effekten-Sozietät.) Kreditaktien 264, Franzosen 263, Lombarden 118, Galizier 248, österreichische Papierrente —, Egypter 67, III. Orientanl. — 1880er Russen — Gotthardbahn 100, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal 4proz. ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, Marienburg-Mlawka —, Spanier —, Hessische Ludwigsbahn 108, Lübeck-Büchener —, Mecklenburger —, Schwach.

Der zur Einführung hier selbst bestimmte Betrag an Preußischen Zentralbodenkredit-Pfandbriefen ist beim Bankhause Rothschild weit über das Sechsfache gezeichnet worden.

Wien, 13. Febr. (Schluß-Course.) still.

Papierrente 79,80, Silberrente 80,40, Österreich. Goldrente 101,40, 5-proz. ungarische Goldrente 121,70, 4proz. ung. Goldrente 90,05, 5proz. ungar. Papierrente 87,80, 1864er Loose 123,00, 1860er Loose 135,70, 1864er Loose 172,00, Kreditloose 173,00, ungar. Prämien 115,20, Kreditaktien 306,70, Franzosen 312,00, Lombarden 141,50, Galizier 294,70, Kasch.-Oderb. 146,50, Bardubitzer 149,50, Nordwestbahn 183,00, Elisabethbahn 228,00, Nordbahn 268,50, Destr.-ung. Banl. —, Türk. Loose —, Unionbank 112,00, Anglo-Austr. 114,20, Wiener Bantverein 106,70, Ungar. Kredit 308,00, Deutsche Bläze 59,30, Londoner Wechsel 121,45, Pariser do. 48,12, Amsterdamer do. 100,05, Napoleons 9,61, Dukaten 5,66, Silber 100,00, Marknoten 59,30, Russische Banknoten 1,17, Lemberg-Gernowiz —, Kronpr.-Rudolf 177,20, Franz.-Josef —, Dug-Bodenbach —, Böhm. Westb. —, Elbthal 193,70, Tramway 227,40, Buschtrader —, Destr. öros Xavier 94,90.

Wien, 13. Febr. Ungar. Kreditaktien 307,80, österreich. Kreditaktien 306,40, Franzosen 311,60, Lombarden 141,40, Galizier 295,50, Nordwestbahn —, Elbthalbahn 192,75, österr. Papierrente 79,80, österreich. Goldrente —, 5proz. ung. Goldrente —, 5proz. do. Papierrente —, 4proz. ungar. Goldrente 90,05, do. 50ct. Papierrente 87,70, Marknoten 59,30, Napoleons 9,61, Bantverein 106,75, Behauptet.

Wien, 13. Febr. Coniois 101, Italienische spärozentige Rente 91, Lombarden 12, 3proz. Lombarden alte 11, 3proz. do. neue —, öros. Russen de 1871 86, 5proz. Russen de 1872 86, 5proz. Russen de 1873 85, 5proz. Türk. Russen de 1865 8, 4proz. fundirte Ameril. 126, Österreichische Silberrente 66, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 74, Destr. Goldrente 84, Spanier 59, Egarter neue —, do. unis. 67, Ottomanbank 15, Preuß. 4proz. Consols 100, Rubig.

Suez-Aktien 80, Silber —, Plaidbiskont 38 pft.

London, 13. Febr. Preuß. Coniois 100, Coniois 101, Türk. 8, 8, 1873er Russen 85, 6pft. ungar. Goldrente 101, 4pft. ungar. Goldrente 74, Egarter 67, Ottomanbank 15, Silber 51, Lombarden 12, Suezaaktien —.

In die Börse fließen heute 5000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 13. Febr. Wechsel auf London 23,5, II. Orientanleihe 93, III. Orientanleihe 93, Privatdiskont — pft. Neue Goldrente 163.

### Großblätter-Kurse.

Köln, 13. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,75, fremder 19,25, per März 18,00, per Mai 18,35, Juli 18,60, Roggen loco hiesiger 14,50, per März 14,00, per Mai 14,45, per Juli 14,70, Hafer loco 14,75, Rüböl loco 35,00, per Mai 33,90.

Bremen, 13. Febr. Petroleum (Schlußbericht) Weichend. Standard white loco 8,25 Br., 8,20 bez., per März 8,25 bez., per April 8,35 bez., per Mai 8,45 bez., per August-Sept. 9,00 Br.

Hamburg, 13. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loco flau, auf Termine matt, per April-Mai 175,00 Br., 174,00 Gd., per Mai-Juni 177,00 Br., 176,00 Gd., Roggen loco rubig, auf Termine matt, per April-Mai 184,00 Br., 183,00 Gd., ver Mai-Juni 184,00 Br., 183,00 Gd., Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl matt, loco 66 per Mai 66,50 — Spiritus matt, per Februar 39,5 Br., per März 39,5 Br., per April-Mai 40 Br., per Mai-Juni 40 Br. — Kaffee matt. Umsatz gering. — Petroleum matt, Standard white loco 8,60 Br., 8,55 Gd., per Februar 8,50 Gd., per März 8,55 Gd. — Better: Schön.

Bien, 13. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen per Februar 9,75 Gd., 9,80 Br., per Frühjahr 9,90 Gd., 9,95 Br. — Roggen per Frühjahr 8,10 Gd., 8,15 Br., pr. Mai-Juni 8,25 Gd., 8,30 Br. Mais per Mai-Juni 6,95 Gd., 7,00 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,42 Gd., 7,47 Br., per Mai-Juni 7,50 Gd., 7,55 Br.

Pest, 13. Febr. (Produktenmarkt.) Weizen loco matt, per Frühjahr 9,42 Gd., 9,45 Br., pr. Herbst 10,07 Gd., 10,09 Br. Hafer pr. Frühjahr 6,90 Gd., 6,61 Br. Mais per Mai-Juni 6,60 Gd., 6,61 Br. — Kohlräb. 14,5 a 14,5, pr. August-Sept. — Better: Schön.

Paris, 13. Febr. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per Februar 23,25, per März 23,50, per Mai-Juni 24,10, per Mai-

August 24,90. Roggen beh., per Februar 15,50, per Mai-August 16,75, M. bl. 9 Marques ruhig, per Februar 48,25, per März 49,00, per März-Juni 50,10, per Mai-August 52,10. — Rüböl fest, per Februar 79,50, per März 79,00, per März-Juni 78,25, per Mai-August 77,75. — Spiritus fest, per Februar 44,75, per März 45,25, per März-April 45,75, per Mai-August 47,25. Better: Schön.

Paris, 13. Febr. Kohlrauber 88 beh., Iolo 45,25 a 45,50. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kil. per Februar 53,60, per März 54,00, per März-Juni 54,60, per Mai-August 55,60.

Amsterdam, 13. Febr. Bencassim 51.

Amsterdam, 13. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, per März 162, per Mai 165. Rüböl loco 40, per Mai 38, per Herbst 36.

Antwerpen, 13. Febr. Petroleum (Schlußbericht). Raffinates, Type weiß, Iolo 20 bez., 20,5 Br., per März 20 bez., 21 Br., per April 21 Br., per Sept.-Dezember 22 bez., 22 Br. Weichend.

London, 13. Febr. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Befuhren seit letztem Montag: Weizen 19,120, Gerste 19,10, Hafer 26,700 Qrtz.

Weizen unverändert, ruhig, angelommene Ladungen stetig, ruhig, übrige Artikel träge, unverändert.

London, 13. Febr. Havannazucker Nr. 12 20 nominell. — Centrifugal Cuba —.

London, 13. Febr. An der Küste angeboten 7 Weizenladungen. Better: Schön.

## Produkten-Börse.

Berlin, 13. Febr. Wind: O. Wetter: Sehr schön.

Die in den letzten Tagen aus dem sehr milden Wetter hergeleiteten Befürchtungen waren heute völlig geschränkt. Die mit ganz geringfügigen Ausnahmen durchgängig lustlosen Berichte kamen im hiesigen Verlehr für Getreide rücksichtslos zur Geltung.

Von Lolo-Wiesen ist seines weiser eher beachtet. Auf Termine zeigte sich unter dem Eindruck der niedrigeren Newyorker Notierungen reichliches Angebot, welches den Werth aller Sichten reichlich 1 M. fürzte und den Markt matt schließen ließ. Von Petersburg konnte man wie gestern verkaufen, von Königsberg geringen Russischen a 148 M. von Riga Cubanfa a 150 M. als Stettin.

Rogggen und Roggen ging zu ermäßigten Preisen wenig um; geringe Qualitäten sind recht schwer zu verkaufen. Auf den Terminhandel wirkte die erste, ziemlich umfangreiche Finow Kanalliste verstaubend, außerdem auch der Umstand, daß der bislang gute Absatz effektiver Waare in Sachsen plötzlich auf Schwierigkeiten stößt und hiesige Händler dort zu Lager geben müssen. Daraufhin wurden nachhaltige Verläufe vollzogen, die nur zu nachgebenden Preisen ermöglicht werden konnten. Kurse schlossen etwa 1 Mark niedriger als gestern mit leichter Reprise. Auswärtige Offeren waren unverändert.

Lolo-Häfer schwach preishaltend. Termine matter. Roggen mehl bei niedrigen Preisen lebhaft. Mais in effektiver Waare gut behauptet. Termine matter. Rübel weniger lebhaft als in den letzten Tagen, war vor Herbst besser beachtet als in naher Lieferung und im Allgemeinen voll behauptet. Petroleum matt. Spiritus wenig verändert und sehr still.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm lolo 165—204 Mark nach Qualität gelbe Lieferungsqualität 173 Mark, gelber mährischer ab Bahn bez., ufermärkischer ab Bahn bez., vor diesen Monat

— bez., vor April-Mai 175,25—17,54 M. bez., vor Mai-Juni 177 bis 176,75 bezahlt, vor Juni-Juli 179—178,5 bez., vor Juli-August 181—180,5 bez., vor Septbr.-Oktober 184,5—183,5 M. bez. — Durchschnittspreis — M. Gelindigt — Bentner.

Rogggen per 1000 Kilogramm lolo 136—156 nach Qualität, Lieferungsqualität 146,5 M. russischer — M. ab Bahn bez., inländischer geringer —, guter mittel —, feiner — ab Bahn bez., abgelaufene Anmeldungen — bez., vor diesen Monat — bez., vor April-Mai 147,5—146,5—146,75, vor Mai-Juni 147,75—146,75—14 bez., vor Juni-Juli 148,5—147,5—148 bez., vor Juli-August 149—148,5—148,75 bez. — Durchschnittspreis — M. Gelindigt — Str.

Geste — per 1000 Kilogramm große und kleine 130—200 M. nach Qualität bez., Brennergerste — M. Futtergerste — bez.

Hafer per 1000 Kilogr. lolo 126—160 n. Qual. Lieferungsqualität 127,5 M. pommerischer feiner 155 ab Bahn bez., preußischer mittel 136—142 ab Bahn bez., feiner 144—150 ab Bahn bez., russischer geringer 127—129 frei Wagen, mittel 130—135 ab Bahn bez., feiner 146 bis 149 ab Bahn bez., vor April-Mai 128,5—128,25 bez., vor Mai-Juni 129—128,75 bez., vor Juni-Juli 130 nom, vor Juli-August 131,5 bez. — Durchschnittspreis — M. Rundigungsscheine — M.

Mais lolo 134—141 nach Qualität gefordert, vor diesen Monat 133 M. per April-Mai 129 M. per Mai-Juni 129 M. per Juni-Juli Amerif. — M. bez., Donau — M. ab Boden bez. — Gelindigt — Bentner. Durchschnittspreis —.

Erben Kochware 180—230, Futterwaare 158—170 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Lolo und per diesen Monat 21 M. per Febr.-März und per März-April 20—20,5 M. bez., vor Mai-Juni 20,20—20,25 bez. Durchschnittspreis — M. Gelindigt — Str.

Weizen mehl M. 26,50—24,75, M. 0, 24,75—23,25, M. 0 u. 1 22,20. Roggen mehl M. 0 22,25—20,50, M. 0 u. 1 20,25 bis 18,50.

Kübel per 100 Kilogramm lolo mit Tas 65 M. ohne Tas

— M. per diesen Monat — M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — M. April-Mai 65,4 e, per Mai-Juni 65,5 bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-Oktober 62,4—62,5 bezahlt. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez. Durchschnittspreis — M. Gelindigt — Centner.

Petroleum, raffiniert (Standard white) per 100 Kilogr. mit Tas in Kosten von 100 Kilogr. lolo 26,4 M. per diesen Monat 25,7 bez., vor Febr.-März 25,4 M. per März-April — bez., per April-Mai — M. bez. — Durchschnittspreis — M. Gel. — Bentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 p.C. = 10,00 Liter v.C.

lolo ohne Tas 47,8—47,7 bez., lolo mit Tas — bez. Anmeldungen —

mit leibweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus

Märk. vor diesen Monat, vor Febr.-März 47,9 nom, vor März-April — bez., per April-Mai 48,6—48,4—48,5 bez., per Mai-Juni 48,8 bez., per Juni-Juli 49,5—49,4—49,5 bez., per Juli-August 50,5—50,4 bez., per Aug.-Sept. 51,50,9 bez. Gelindigt 10,000 Liter.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl.

Sad. Lolo und per diesen Monat 21 M. per Februar-März und per März-April 21,25 M. per April-Mai 21,5 M. per Mai-Juni —, per Juni-Juli — M. per Juli-August — M. Durchschnittspreis —.

Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Lolo und per diesen Monat 11,2 Gd. per Febr.-März —, per März-April — Gd. — Durchschnittspreis — M.

Rogggen mehl M. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inklusive Sad. vor diesen Monat und per Februar-März 19,75—19,80 bez., vor April-Mai 20—20,5 M. bez., vor Mai-Juni 20,20—20,25 bez. Durchschnittspreis — M. Gelindigt — Str.

Weizen mehl M. 0 26,50—24,75, M. 0, 24,75—23,25, M. 0 u. 1 22,20. Roggen mehl M. 0 22,25—20,50, M. 0 u. 1 20,25 bis 18,50.

Kübel per 100 Kilogramm lolo mit Tas 65 M. ohne Tas — M. per diesen Monat — M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April — M. April-Mai 65,4 e, per Mai-Juni 65,5 bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-Oktober 62,4—62,5 bezahlt. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez. Durchschnittspreis — M. Gelindigt — Centner.

Petroleum, raffiniert (Standard white) per 100 Kilogr. mit Tas in Kosten von 100 Kilogr. lolo 26,4 M. per diesen Monat 25,7 bez., vor Febr.-März 25,4 M. per März-April — bez., per April-Mai — M. bez. — Durchschnittspreis — M. Gel. — Bentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 p.C. = 10,00 Liter v.C.

lolo ohne Tas 47,8—47,7 bez., lolo mit Tas — bez. Anmeldungen —

mit leibweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei ins Haus

Märk. vor diesen Monat, vor Febr.-März 47,9 nom, vor März-April — bez., per April-Mai 48,6—48,4—48,5 bez., per Mai-Juni 48,8 bez., per Juni-Juli 49,5—49,4—49,5 bez., per Juli-August 50,5—50,4 bez., per Aug.-Sept. 51,50,9 bez. Gelindigt 10,000 Liter.

Bon den fremden Fonds sind Russische Anleihen als behauptet, Ungarische Goldrente und Italiener als fester zu nennen.

Deutsche und preußische Staatsfonds waren fest und ruhig; inländische Eisenbahn-Prioritäten fest und theilweise gefragt.

Banknoten waren behauptet und ruhig; Disconto-Kommandits.

Anteile wenig verändert und mäßig belebt, Deutsche Bank fest.

Industriepapiere recht fest und theilweise zu höheren Kursen belebt; Montanwerthe matt.

Inländische Eisenbahn-Aktien wiesen im Allgemeinen wenig veränderte Kurse auf bei ruhigem Verkehr; Mecklenburgische und Mainz-Ludwigshafen waren schwächer, Ostpreußische Südbahn fester.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Guilden holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

## Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 13. Febr. Die Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf spekulativem Gebiet; in dieser Beziehung waren die ungünstigen Tendenzmeldungen, welche aus Wien vorlagen, von bestimmendem Einfluß. Die Spekulation trat aus ihrer Reserve nicht heraus und Geschäft und Umsätze bewegten sich in sehr engen Grenzen. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs ließ sich vorübergehend eine kleine Festigung konstatieren, doch wurde die Haltung bei der andauernden Lustlosigkeit bald ganz allgemein wieder matt.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Guilden holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wertpapier.

Angländische Bonds.

Rewynd. St.-Anl. 6 do. 7

Finnländ. Loose 47,50 B

Italienische Rente 92,90 B

Dest. Gold-Rente 4 85,20 b

do. Papier-Rente 4 67,25 b

do. 5

Schuldnoten und Banknoten.

Sovereign pr. St. 20,40 b

20-Francs-Stück 16,21 b

Dollar pr. St. 16,70 b

Imperial pr. St. 16,70 b

Engl. Banknoten

Frankl. Banknot. 81,20 b

Dest. Banknot. 168,65 b

Russ. Noten 100 R. 198,40 b

Blüfs der Reichsbank.

Blüfs & v. v. B. L. Lombard 5 v. v.

Aktien- und Staats-Papiere.

Dtch. Reichs-Anl. 4 102,80 b

König. Preuß. Anl. 4 103,70 B

do. 4 102,60 G

Staats-Anleihe 4 101,70 B

Staats-Schuldsch. 39 29,00 b

Kurz-Neuem. Schlo. 99,00 b

Beri. Stadt-Öblig. 4 103,60 G

do. do. 4 101,60 b

do. do. 3 96,80 G

Berliner

5 109,00 b

do. 4 105,00 b

do. 4 101,75 b

Banknotl. Central 4 101,90 G

Kurz. u. Reumärk. 97,25 G

do. neue 94,25 G

do. 4 101,90 G

R. Brandenburg-Kredit 4

Ostpreußische 39 93,20 G

do. 4 101,70 b

Commerz 39 93,10 G

do. 4 102,00 G

do. 4 102,10 G

Boleslaw. neues 4 101,70 G

Sächsische altland. 39

do. Lit. A 39

do. neue II. 46

do. 4 102,10 b

do. 4 102,10 b